Herrn
Bürgermeister Ihlenfeld
-persönlich-

Sehr geehrter Herr Ihlenfeld,

inzwischen ist es im gesamten Mitarbeiterkreis der Verwaltung und in den Außenstellen bekannt, dass es von Seiten des geschäftsführenden Beamten zu sexuellen Übergriffen gegenüber mehreren Mitarbeiterinnen gekommen sein soll. Die gesamte Belegschaft weiß inzwischen auch, dass seit Mitte Februar die Angelegenheit Ihnen als Dienststellenleitung bekannt ist. Über die Tatsache, dass Sie in irgendeiner Weise tätig wurden bzw. werden, sind die Mitarbeiter nicht informiert. Es ist doch gut vorstellbar, dass sich die derzeitige starke Verunsicherung, Irritationen und Hilflosigkeit, insbesondere der weiblichen Beschäftigten und auch das Unverständnis über den Umgang mit dieser psychisch stark belastenden Situation, den Arbeitsfrieden und die Arbeitsleistung negativ beeinflusst. Eine engere Zusammenarbeit mit dem geschäftsführenden Beamten erscheint für etliche Mitarbeiterinnen als nicht mehr zumutbar. Insbesondere die Tatsache, dass es sich bei dem betroffenen Beamten um einen Mitarbeiter mit Leitungsverantwortung und Entscheidungsbefugnis im Personalbereich handelt, belastet uns sehr.
Gleichzeitig sind wir als Beschäftigte auch besorgt darüber, dass wir teilweise sehr junge Mitarbeiterinnen und Auszubildende haben und wir überhaupt nicht einschätzen können, wie diese jungen Frauen mit einer solchen Situation zurecht kommen würden. Insbesondere die Tatsache, dass es sich bei dem betroffenen Beamten um einen Mitarbeiter mit Leitungsverantwortung und Entscheidungsbefugnis im Personalbereich handelt,

Ein klares Vorgehen gegenüber sexueller Belästigung am Arbeitsplatz ist gesetzlich geboten. Verantwortlich ist dabei der Arbeitgeber bzw. Dienstvorgesetzte. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz schreibt vor, dass ein geeigneter Schutz vor sexueller Belästigung ergriffen werden muss.

Gleichzeitig möchten wir Sie eindringlich bitten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen die zur Wiederherstellung des betrieblichen Friedens führen. Wir Mitarbeiter fühlen uns in dieser Situation durch unseren Arbeitgeber in seiner sozialen Verantwortung und Fürsorgepflicht nicht verstanden. Auch wenn wir deutlich erfahren, dass von Seiten der Geschäftsleitung so getan wird, als hätte es diese Vorkommnisse nicht gegeben, sind wir nicht bereit diese Vorgehensweise mit zu tragen.
Wir möchten ganz deutlich zum Ausdruck bringen, dass es uns um einen nachvollziehbaren Umgang mit der Situation geht und wir von Seiten der Dienststellenleitung eine eindeutige Handlung und Haltung fordern.

Dem Personalrat liegt eine Unterschriftenliste vor, in der sich inzwischen ein nicht kleiner Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unmissverständlich fordert, dass durch erforderliche und geeignete Maßnahmen seitens der Dienststellenleitung weitere unzulässige Benachteiligungen, insbesondere sexuelle Belästigungen und Übergriffe verhindert werden.
Wir werden diese Liste bei Bedarf an Sie weitergeben, sie ist urlaubsbedingt noch unvollständig, kann aber gerne vervollständigt werden.

Haßloch, 4.4.2013

Abdruck dieses Schreibens erhalten:

- Pesonalrat
- Beigeordnete
- Ratsmitglieder